

Ein Monster namens Stromlücke

*Bericht in der „Rheinischer Merkur“, Nummer 18 vom 1. Mai 2008
Von Stefan Deges und Birgit Wetzel*

Kommentar von Kai-Uwe Pfänder, Vertreter der Interessengemeinschaft Vorsicht-Hochspannung

Wenn man den wirklich guten und breitgefächerten Bericht von Frau Wetzel und Herrn Deges liest, wird deutlich, dass ein Gesamtkonzept zum Thema Energieerzeugung und –transport fehlt. Man hat sich mit der regenerativen Energieerzeugung und dem Atomausstieg einen Teilbereich eines wirklich komplexen Themas herausgepickt, um es auf politischer Ebene auf Teufel komm raus umzusetzen. Dabei hat man eine entscheidende Frage vernachlässigt – wie kommt der erzeugte Strom von A nach B.

Hier soll nicht der Eindruck entstehen, dass die IG Vorsicht-Hochspannung gegen die regenerative Energieerzeugung ist. Ganz im Gegenteil. Durch die negativen Einflüsse des Kohlendioxids für den Klimawandel und die Problematik der Endlagerung von nuklearen Brennstäben, musste in diesem Bereich ein Umdenken stattfinden. Doch wiederum hatte man den gleichen Fehler gemacht, wie in den 70- er bzw. 80-er Jahren, als man sich entschloß Strom durch Atomkraft zu erzeugen. Die Endlagerung des Atommülls hatte man ignoranter Weise schlichtweg auf die nächsten Generationen verschoben, mit Problemen, die heute wahrscheinlich noch gar nicht absehbar sind. Eine Protestwelle durchzieht das Land beim Thema Atommülleinlagerung. Und genau diese Protestwelle wiederholt sich jetzt beim Thema regenerative Energieerzeugung und den damit verbundenen Netzausbau.

Bis zum Jahr 2015 sind in Deutschland 850 km neue Stromleitungen geplant. Dieser Netzausbau ist mit einer Technik aus den Anfängen der Stromerzeugung, nämlich mittels Freileitungen, geplant. Nach der derzeitigen Gesetzeslage auf Bundesebene ist es dem Netzbetreiber dabei erlaubt, einer Familie, die sich ihr Domizil in zumeist ländlicher Gegend idyllisch aufgebaut hat, um ihre Kinder großzuziehen, und um sich damit eine Rentenabsicherung zu schaffen, einen über 60 m hohen Strommast direkt in den Garten zu stellen. Das jeweilige Haus darf dabei mit Stromleitungen überzogen werden, durch die eine Spannung von 380 000 Volt fließt. Nicht nur deutsche Wissenschaftler schlagen da, in Bezug auf die negativen Folgen der magnetischen und elektrischen Felder (Elektrosmog), die Hände über dem Kopf zusammen. In mehreren Studien sind die negativen Folgen des Elektrosmog belegt, der u.a. eine erhöhte Leukämiegefahr bei Kindern bewirkt, und hier darf man einfach eine Stromleitung mit 380 000 Volt über ein Haus ziehen. Wir sprechen hier nicht von Hausbewohnern, die trotz der Warnungen, übrigens auch von ministerialer Ebene des Bundes, ihr Haus unter einer bestehenden Hochspannungsleitung bauen. Wir sprechen von Familien, die sich in ländlichem Gebiet eine gesunde und sichere Wohnsituation besonders für ihre Kinder geschaffen haben. Wir sprechen hier auch nicht mehr von einer handvoll Leuten, die sich dagegen auflehnen, dass über 60 m hohe Strommasten mit Freileitungen die Landschaft durchschneiden und verschandeln und die Gesundheit besonders ihrer Kinder bedrohen. Allein die IG Vorsicht-Hochspannung hat auf einer von E.ON geplanten 60 km langen Stromtrasse 3500 Mitglieder gewonnen. Umsomehr sind es bei der geplanten 180 km langen Trasse von Wahle nach Mecklar. Nicht nur in Deutschland haben sich viele Bürgerinitiativen gegründet, die sich gegen diese steinzeitliche Technik des Stromtransportes wehren.

Im Bericht von Frau Wetzel und Herrn Deges liest man, dass deutsche Ingenieure weltweit höchstes Ansehen genießen. Sie bauen Windräder, die kleine Energiewunder sind, sie planen Kohlekraftwerke, die als Effizienzwunder ausgezeichnet werden. Die Sicherheitsstandards ihrer

Atomkraftwerke setzen Standards. Solarzellen made in Germany verkaufen sich auf allen Kontinenten, etc. Und beim Stromtransport setzt man auf Technik anno dazumal mit über 60 m hohem Metallgerippe und Leiterseilen.

Die Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften, die sich vielerorts gegründet haben, sind natürlich nicht gegen den Netzausbau. Sie fordern aber, dass umweltfreundlich erzeugte Energie auch umweltfreundlich transportiert wird. Und das geht nur durch Erdverlegung.

Als wir von der IG Vorsicht-Hochspannung vor ca. 4 Jahren diese Art von Energietransport als Alternative zu Freileitungen aufzeigten, posaunten Vertreter von E.ON heraus, dass diese Art von Energietransport 15 mal teurer und technisch überhaupt nicht machbar wäre. Politiker sprangen zunächst auf den Zug des Netzbetreibers auf, und uns wurde hinter vorgehaltener Hand von Entscheidungsträgern in der Nds. Politik, die übrigens immer noch die Weichen stellen, klar gemacht, dass man sich doch nicht die guten Beziehungen zu E.ON kaputt machen werde, was immer das heißt?!

Da der Protest nicht nur von uns immer mehr forciert und immer lauter wurde, waren die Damen und Herren aus der Politik letztlich gezwungen, für Ruhe zu sorgen. Geholfen haben uns einige wenige Politiker, die sich zur Aufgabe gemacht hatten, in ihrem Wahlkreis das umzusetzen, was von den Wählern gefordert wurde. In Niedersachsen geschah das Ende 2007 durch die Verabschiedung des niedersächsischen Erdkabelgesetzes. Mittlerweile mussten die großen Experten von E.ON, denen die Politiker bei uns im Land beim Thema Energieerzeugung und Netzausbau ihr großes Vertrauen schenken, eingestehen, dass Erdverlegung im Höchstspannungsbereich natürlich technisch möglich ist und nicht wie anfangs behauptet 15-mal teurer ist, sondern 3 bis 4-mal. Und selbst diese Zahlen sind äußerst kritisch zu betrachten, da bei der Zugrundelegung dieser Mehrkosten die Netzbetreiber selbst die entsprechenden Daten lieferten. Bei der Berechnung dieser Zahlen fiel der volkswirtschaftliche Kostenfaktor gänzlich hinten runter. Die Familie, die sich ihr wohl verdientes Eigenheim geschaffen hat und jetzt von riesigen Strommasten überzogen wird, bekommt weder einen Ausgleich für ihr zum Nullwert gesunkenes Heim, noch wird dieser beträchtliche Schaden in irgendeiner Weise mitgerechnet. Auch der Schaden für die Natur, die durch die Masten zerschnitten und verschandelt wird, wird an keiner Stelle bei den Mehrkosten gegengerechnet.

E.ON wollte sogar kurzfristig weismachen, dass auch der Strom durch Erdverlegung 3-4 mal teurer wird. Dieses wurde dann doch schnell wieder verworfen, denn man mußte eingestehen, dass bei 100 km Erdverlegung für einen 4-Personen-Haushalt Mehrkosten in Höhe von 3 Cent/Monat entstehen würden. Das ist mehr als überschaubar finden wir.

Beim Thema Kohlendioxideinsparung werden immense Summen in Form von Subventionen in die Erforschung von Filteranlagen oder Techniken gebuttert, um Kohlekraftwerke zu schaffen, die möglichst gar keinen CO₂ Ausstoss bewirken. In dem Bericht von Frau Wetzels und Herrn Deges ist davon die Rede, dass RWE und E.ON Techniken erforschen, um CO₂ zu minimieren. Bei der Erdverlegung gibt es bereits eine derartige Technik. Eine Erdverlegung durch gasisolierte Leitungen oder Hochspannungsgleichstromübertragungsleitungen (HGÜ) würde durch niedrigere Verluste gegenüber einer Freileitung 1 000 000 Kilogramm Kohlendioxid pro km Leitungslänge im Jahr einsparen. Aber hier will besonders von bundespolitischer Seite keiner ran und gesetzliche Grundlagen schaffen, damit in Zukunft allein aus diesem Grunde nur noch umweltfreundliche bzw. klimaschutzfreundliche Erdleitungen verlegt werden. E.ON hat natürlich auch kein Interesse, Strom zu sparen, denn das können sie ja durch Stromerhöhungen im großen Stil auf die Verbraucher umlegen. Die machen quasi mit den Verlusten durch Freileitungen Geld.

Statt dessen hört man auf Leute wie Herrn Bernotat und glaubt tatsächlich, dass diese Personen sich Sorgen um unseren Klimawandel machen, und z.B. mit einer Technik von Energiegewinnung durch Meeresströmungen bei Gezeiten Werbung machen, als wenn diese Technik schon morgen zur Verfügung stehen kann, tatsächlich aber noch nicht mal in den Kinderschuhen steckt. E.ON ist genau wie die anderen drei Netzbetreiber ein Wirtschaftsunternehmen. Die wollen nichts anderes als Geld verdienen und durch entsprechende Werbung und Initiative in bestimmten Bereichen den Saubermann spielen. Es gibt Stimmen, die behaupten, dass ihnen dazu jedes Mittel recht ist. Willkommen sind dabei natürlich Personen, die an der Gesetzgebung und –planung entscheidend mitwirken. Da spielt man einem Großkonzern wie der E.ON natürlich quasi in die Karten, ein Gesetz auf Bundesebene zu schaffen, damit der Netzausbau schneller geht, in dem das protestierende Volk in seinen rechtlichen Möglichkeiten eingeschränkt wird.

Man braucht die Rechte der Bürger gar nicht, wie Herr Glos vor hat, durch Gesetze beschneiden, um den Netzausbau schneller zu machen. Man muss nur die Erdverlegung gesetzlich manifestieren, und der Protest würde verstummen. Hier wäre die Akzeptanz beim Volk gegeben und keiner würde vor Gericht Klage einreichen. Die Politiker, die das nicht umsetzen wollen, scheinen andere Interessen zu verfolgen. Herr Glos spricht beim Erdkabelgesetz von einer Katastrophe, bei dem man 60-mal in die Erde rein und raus müsse. Schaffen Sie gesetzliche Grundlagen, Herr Glos, damit die Leitung ganz in die Erde kommt; dann haben sie keine Katastrophe. Das Land Niedersachsen hat einen Anfang gemacht. Vor einem Jahr hat man uns noch prognostiziert, dass wir juristische Geschichte schreiben, sollte ein Erdkabelgesetz verabschiedet werden – jetzt haben wir es. Niedersachsen hat mit ihrer Gesetzesformulierung aber nur halbherzig gehandelt. E.ON plant tatsächlich jetzt eine Teilverkabelung auf einer Strecke von 60 km Leitungslänge von Ganderkesse nach St. Hülfe, wo man beabsichtigt mehr als 10 Mal in die Erde zu gehen und wieder raus. Bei jedem Übergang wird eine Fläche von 2500 qm benötigt – ein Wahnsinn. Und damit ist der Protest in der Bevölkerung auch nicht ausgeräumt, denn dort wird eine komplette Erdverlegung gefordert. Also spart man wieder keine Zeit.

Fest steht, und das wird auch nicht von den Bürgerinitiativen bestritten, dass der Netzausbau voranschreiten muss. Um den Protest dabei auszuräumen, kommt man an der Erdverlegung nicht vorbei.

Angeblich kann der durch Windenergie erzeugte Strom nicht abtransportiert werden. Die Wahrheit ist, dass E.ON lieber seinen Strom durch die Netze leiten will, der u.a. in Atomkraftwerken produziert wird. Die Windmüller sind nur lästige Konkurrenz, denen es gesetzlich erlaubt ist, die Netze mitzunutzen. Da wird bei gutem Wind und eigentlich viel Energieerzeugungsmöglichkeiten durch Windräder eine Stromabnahme durch E.ON einfach unterbunden, weil ansonsten angeblich das Stromnetz überlastet wird. Um auf der sicheren Seite zu sein, tun die Ingenieure bei der Auslegung der Stromleitungen bislang so, als sei es dauernd 35 Grad Celsius warm, und als wehe ständig nur ein schwacher Wind. Aber: Wenn jetzt die Temperatur niedriger ist oder der Wind höher, dann kann man sich vorstellen, wird die Leitung besser gekühlt, so dass sich die Leitung weniger erwärmt und damit mehr Strom tragen kann. An kühlen Tagen könnte man im Prinzip also viel mehr Strom durch die Leitungen schicken. Bei zehn Grad weniger Temperatur hat man ungefähr zehn Prozent mehr Übertragungskapazität. Durch eine Technik wie das Temperaturmonitoring, dass bereits an einigen Orten durchgeführt wird, könnten die Durchleitungskapazitäten immens gesteigert werden. Dadurch, dass Konzerne wie E.ON diese Technik nicht praktizieren, werden die Windmüller als lästige Konkurrenz an der kurzen Leine gehalten.

Herr Bernotat äußert die Befürchtung, dass das Netz in den nächsten Jahren in kritischen Situationen nicht mehr so stabil sein wird. Gerade den extremen Witterungsverhältnissen, die uns in Form von Jahrhundertwetterlagen jedes Jahr heimsuchen, halten die Strommasten nicht stand. Im Münsterland fielen mehrere Strommasten um wie Streichhölzer. Und Sie Herr Bernotat wollen Stromleitungen direkt über bewohnte Häuser führen und Strommasten in Vorgärten von kleinbürgerlichen Familien stellen. Nicht nur der Wintereinbruch im Münsterland oder das Sturmtief Kyrill zeigten, dass wir nicht nur einmal in hundert Jahren mit derartigen Witterereinflüssen zu rechnen haben. Freileitungen bergen Gefahren und sind den extremen Witterungen nicht gewachsen. Ein sicheres Netz bekommt man durch Erdverlegung, Herr Bernotat.

Es wird Zeit, dass Politiker auf Bundes- und Landesebene die Aussagen der Energiekonzerne kritischer betrachten. Hier geht es nur um Moneten und nicht um Erreichung von Klimazielen oder ähnliches. Hier muss man frühzeitig durch sinnvolle gesetzliche Grundlagen Einhalt gebieten. Doch das passiert beim Thema Energieerzeugung, Kohlendioxidverringern und Netzausbau viel zu wenig, warum auch immer. Entweder fehlt an entscheidender Stelle fachlich kompetentes Personal oder man will aus welchen Gründen auch immer nicht das Gesamtkonzept und lässt lieber Großkonzernen die Weichen stellen und die kleinen Bürger bezahlen und die Konsequenzen ziehen lassen.

Was unsere Arbeit in der Interessengemeinschaft betrifft, werden wir so lange alle Möglichkeiten ausschöpfen, bis eine komplette Erdverlegung realisiert wird. Der Kampf „David gegen Goliath“ geht weiter. In die Knie hat der kleine David den großen Goliath mit der Teilverkabelung bereits gezwungen.

Kai-Uwe Pfänder
Colnrade, Ortsteil Austen
Vertreter der Interessengemeinschaft Vorsicht-Hochspannung
www.vorsicht-hochspannung.com